

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Die Zeitung erteilt Aufträge übernahmen mit keine Gewähr. Kabott nach Tarif, der jedoch bei persönl. Eintreib. ab. Kontrakt. Anst. w. d. Erfüllungsort. Altensteig. Gerichtsbez. Nagold. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge d. d. Gewalt ob. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Vierzehnung der Zeitung / Postf. R. K. Stuttgart 5780 / Telegr.-Nr.: „Tannenblatt“ / Tel. 321.

Numer 97 | Altensteig, Donnerstag, den 27. April 1933 | 56. Jahrgang

Die Abrüstungsdebatte stockt bereits

Wichtige amerikanische Erklärung

Genf, 26. April. Der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz hat mit der artikelweisen Beratung des englischen Abrüstungs-konventionentwurfes und zwar zunächst der Sicherheitsbestimmungen begonnen. Schon nach kurzer Debatte erieten die Beratungen ins Stocken. Der Vertreter der Vereinigten Staaten Norman Davis, gab eine politisch bedeutsame Erklärung ab, in der er im Auftrage seiner Regierung mitteilte, daß die Vereinigten Staaten noch nicht in der Lage wären, zu dem im ersten Teil des englischen Entwurfes vorgeschlagenen Konjunktionspunkt endgültig Stellung zu nehmen. Norman Davis erklärte weiter, daß die Haltung der Vereinigten Staaten zu dem geforderten Ausbau der Sicherheitsgarantien sehr wesentlich von der Haltung bestimmt werde, die die Konferenz zur Frage der Abrüstung einnehme. Er bemerkte in diesem Zusammenhang, daß die Sicherheit durch die Abrüstung weitgehend gefördert würde. Unter diesen Umständen schlägt er vor, die Beratungen über das Sicherheitskapitel vorläufig zu unterbrechen und zu den anderen Teilen des englischen Planes überzugehen. Entgegen dieser Anregung des amerikanischen Abrüstungsdelegierten entschied daraufhin der Präsident der Konferenz, Henderson, sich dafür, die Diskussion über die zum Sicherheitspolitischen Teil vorliegenden Anträge fortzusetzen.

In der Diskussion wurde von Vertretern Englands und Frankreichs darauf hingewiesen, daß eine Abstimmung unter diesen Umständen zwecklos sei, daß sie aber keine Bedenken hätten, die Debatte fortzusetzen. Nachdem in der vorhergegangenen Debatte die beiden ersten Artikel ziemlich ohne Beanstandung durchgegangen waren, forderte Henderson den Ausschuss auf, nunmehr zu dem entscheidenden Artikel 3, der vom dem Konjunktionspunkt handelt, und zu den hierzu vorliegenden politischen Änderungsanträgen, der auf eine Einschaltung des Völkerbundes ausgeht, Stellung zu nehmen. Als sich jedoch niemand zum Wort meldete, erklärte Henderson, dessen innere Erregung unmerklich war, daß eine Fortsetzung der Debatte heute wohl zwecklos sei, und er vertagte die Verhandlungen auf Donnerstag nachmittag. Nach Schluß der Sitzung wurde überraschenderweise die angelegte Sitzung abgesetzt.

Arbeiterehrung am 1. Mai

Aus dem Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda erfahren wir nähere Einzelheiten über die Ehrung, die die Abordnungen der Arbeiterschaft von Seiten der nationalen Regierung, wie auch von Seiten der Berliner Verbände erwarten. 21 deutsche Arbeiter und 8 Arbeiter aus Oesterreich werden am 1. Mai durch zehn Flugzeuge vollkommen kostenlos nach Berlin befördert werden. Aus Oberösterreich und Ostpreußen, von der See her und vom rheinisch-westfälischen Gebiet, aus dem Süden, aus Stuttgart und München und aus Sachsen werden die schwarzen Maschinen anbrauen und diejenigen Männer zur Malfeier auf das Tempelhofer Feld in Berlin bringen, die als bewährteste und treue Mitglieder der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation schon seit Jahren in hartem Kampfe für die sich jetzt erfüllenden Ziele der nationalen Regierung unerschrocken und tren eingetreten sind. Die Abordnungen der deutschen Arbeiterschaft werden in nächster Nähe des Reichskanzlers Hitler auf der großen Festtribüne ihre Plätze erhalten. Sie sind in Wahrheit die Ehrengäste des großen Festes der nationalen Arbeit.

Aber nicht nur die Regierung, sondern auch private Stellen weitestgehend damit den Abordnungen der Arbeiterschaft ihre Sympathien zu bezeugen. So hören wir jetzt auch, daß der Reichseinheitsverband des Deutschen Gasfältigerwerbendes e. V. sich bereit erklärt hat, alle 80 Delegierten in den ersten Hotels von Berlin, so z. B. im Hotel Bristol oder im Epalanade oder im Hotel Babylon kostenlos aufzunehmen. Die Theater und andere Betriebe haben sich bereit erklärt, den Delegierten für ihre Vorbereitungen die besten Plätze kostenlos zur Verfügung zu stellen. Der Gau Groß-Berlin der NSDAP. zeigt seine Verbundenheit mit den Delegierten der deutschen Arbeiterschaft dadurch, daß er jeder Delegiertengruppe von drei bis fünf Mann einen Wagen des nationalsozialistischen Kraftfahrkorps des Gaues Groß-Berlin zur Verfügung stellt.

In den 80 Arbeitern aus Ost und West, aus Nord und Süd ehren die Regierung und das deutsche Volk die ganze deutsche Arbeiterschaft und damit letzten Endes auch sich selbst, weil der deutsche Arbeiter zum deutschen Volke gehört und weil ohne den deutschen Arbeiter ebenso wenig eine deutsche Zukunft gedacht werden kann, wie es für die Arbeiterschaft eine Zukunft außerhalb der deutschen Nation gibt.

Bedeutsame Maßnahmen für die Landwirtschaft

Die gestrigen Kabinettsbeschlüsse

Berlin, 26. April. Die Reichsregierung hat in ihrer gestrigen Kabinettsführung auf Vorschlag von Reichsminister Dr. Hugenberg weitere für die Landwirtschaft bedeutsame Maßnahmen beschlossen. Es handelt sich dabei:

1. um ein Gesetz zur Senkung der Gebühren an den Vieh- und Fleischmärkten und zur Vereinfachung des Notierungsweizens an diesen Märkten, um die Ermächtigung für das Reich, den Schlachteinzwang im ganzen Reichsgebiet einzuführen. Diese Maßnahmen dienen vor allem der häuerlichen Viehwirtschaft;

2. um ein Gesetz zur Verjüngung des Weins, Obst-, Gemüse- und Hopfenbaues und der Forstwirtschaft mit Schädlingsbekämpfungsmitteln und Hopfenbindematerial;

3. um neue Maßnahmen über die Zwangsverwaltung landwirtschaftlicher Grundstücke, den Vollstreckungsschutz für Pächter, und die Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes auf Landarbeitereigenheime.

Die Gebühren der Schlachtviehmärkte, Schlachthäuser und Fleischgroßmärkte liegen nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes überlegend um 30-60 v. H. in einigen Fällen sogar um 100 v. H. und mehr über dem Vorkriegsstand. Durch das neue Gesetz wird insoweit festgestellt, daß sämtliche Gebühren für die Schlachthausbenutzung die entstehenden Unkosten nicht übersteigen dürfen. Einer Verbesserung des für den gesamten Viehabsatz außerordentlich wichtigen Preisnotierungsweizens an den Viehmärkten dient ferner die nunmehr der Reichsregierung erteilte Ermächtigung, im gesamten Reichsgebiet den Schlachteinzwang einzuführen.

Zur Sicherung der Versorgung von Forstwirtschaft, Wein-, Obst-, Gemüse- und Hopfenbau mit Schädlings-

bekämpfungsmitteln und Hopfenbindematerial wird ferner durch Gesetz das Früchtepfandrecht zur Sicherung der notwendigen Kreditierung in gleicher Weise eingeführt wie dies bei Düngemitteln und Originalsaatgut bereits früher geschehen ist. Die Einführung des Früchtepfandrechts ist ebenso, wie bei Düngemitteln auf die Ernte des Jahres 1933, bei Forstschädlingsbekämpfungsmitteln auf den anfallenden Holzeinschlag in dem vom 1. April 1933 bis 31. März 1934 laufenden Forstwirtschaftsjahr beschränkt.

Unter besonderer Mitwirkung des Reichsjustizministeriums ist ferner ein Gesetz über die Zwangsverwaltung landwirtschaftlicher Betriebe erlassen worden. Es verfolgt u. a. besonders das Ziel, die entstehenden Kosten der Zwangsverwaltung gering zu halten. Deshalb ist in Zukunft im Falle einer Zwangsverwaltung grundsätzlich der landwirtschaftliche Betriebsinhaber zum Zwangsverwalter zu bestellen. Außerdem legt das Gesetz fest, daß im Falle der Zwangsverwaltung eines landwirtschaftlichen Betriebes der Schuldner Anspruch auf Gewährung des notwendigen Lebensunterhaltes für sich und seine Familie hat.

Ferner werden neue Bestimmungen getroffen über die Angleichung des Vollstreckungsschutzes für Pächter gegenüber dem Verpächter und dem Pächterkreditinstitut.

Wesentlich für die Landarbeiter ist die Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes auf Landarbeitereigenheime. Diese genießen in Zukunft ohne Rücksicht auf die Größe des zugehörigen oder zugepachteten Ackerlandes den Vollstreckungsschutz. Bei Zwangsversteigerungen von Landarbeitereigenheimen in letzter Zeit erteilte, aber noch nicht rechtskräftige Zuschläge werden aufgehoben.

Die Verordnung findet auch für noch anhängige Zwangsvollstreckungen Anwendung.

Der 1. Mai in Württemberg

Der 1. Mai ist durch Reichsgesetz zum Feiertag der nationalen Arbeit erklärt worden. Für ihn gelten in Württemberg neben den Vorschriften der Reichsgewerbeordnung, die den Arbeiterschutz bezwecken, die einschlägigen Bestimmungen der Polizeistellen und der Bürgerlichen Sonntagsordnung je vom 15. Dezember 1928. Darnach herrscht am 1. Mai wie an Sonntagen allgemeine Arbeits- und Betriebsruhe. An allen Dienstgebäuden wird an diesem Tage die schwarz-weiß-rote Flagge und die Patentkreuzflagge gehißt; außerdem werden sie mit Birkengrün oder sonstigem Grün geschmückt. Die Bevölkerung wird aufgefordert, sich dieser Beflaggung und Ausschmückung anzuschließen.

Schulfestern am 1. Mai 1933

Am 1. Mai, dem Feiertag der nationalen Arbeit, sind an dem dem Württ. Kultusministerium unterstellten Schulen gemeinsame Feiern zu veranstalten. Zur Teilnahme sind alle Lehrer und Schüler verpflichtet. Wenn mehrere Schulen in einem Schulhaus untergebracht sind, empfiehlt es sich, die Feiern gemeinsam abzuhalten. Die Lehrer und Schüler der Gewerbe- und Handelsschulen (Berufsschulen) beteiligen sich mit Rücksicht auf die bei diesen Schulen bestehenden Verhältnisse, die eine gemeinsame Feier mit allen Schülern nicht zulassen, an den öffentlichen Feiern oder an den Feiern der Betriebe und Vereine. Wo eine Kundunfahne mit Lautsprecher vorhanden ist und die Verhältnisse es gestatten, sollen die Schulfestern so eingerichtet werden, daß in ihrem Rahmen der vom Deutschlandsender auf alle deutschen Sender übertragene feierliche Staatsakt in Berlin mit angehört werden kann. Das Programm des Staatsaktes wird rechtzeitig durch die Presse bekanntgegeben. Das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied sind in die Feiern einzuliefern. Im übrigen wird die Ausgestaltung der Feiern den Schulverhältnissen überlassen. Der Rest des Tages ist schulfrei.

Der Staatskommissar für Landwirtschaft teilt mit:

Der 1. Mai ist vom Volks- und Bauernkanzler Adolf Hitler zum Nationalfeiertag der deutschen Arbeit erklärt worden.

Was will nun Adolf Hitler mit diesem Nationalfeiertag erreichen? Am 1. Mai sollen alle schaffenden Volksgenossen gleichermäßen wieder den Glauben erlangen, daß im jetzigen Staat jegliche Arbeit gewertet und geachtet wird. Alle Volksschichten müssen von dem Vorurteil frei werden, daß die anstrengende Tätigkeit des Handarbeiters oder die harte Arbeit des Bauern weniger bedeutungsvoll wäre, als die anderer Berufsstände.

Am 1. Mai sollen alle Volksgenossen das einigende Gefühl haben und zum Ausdruck bringen: Wir alle bauen mit am neuen Deutschland!

Am 1. Mai soll jedem Volksgenossen offen und ehrlich bekannt werden: Wir haben Achtung vor Eurer Hände und Stirne Fleiß! Wir wollen aber auch, daß Ihr dieses Fleißes wieder froh werden sollt. Und darum geben wir Euch diesen Tag als Festtag der Arbeit und der Freude am gemeinsamen Werk.

Darum Bauern, ist dieser Tag auch unser Feiertag. Helft daher auch wir an diesem 1. Mai mit, daß das ganze Volk Ar-

beitsfreudigkeit und Selbstvertrauen wiederfinden möge. Dann wird gerade dieser Tag in hervorragendem Maße dazu dienen, die notwendige Verbundenheit zwischen Arbeiter und Bauer und allen anderen Berufsständen wieder herzustellen, um sich zu gemeinsamer Arbeit in dem kraftvollen Gefühl wiederzufinden: Wir wollen wieder ein besseres und starkes Deutschland für unsere Kinder!

Schaffung einer Deutschen ev. Kirche

Vollmachten für Präsident Kapler

Berlin, 26. April. Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss trat am Dienstag nachmittag in Berlin zusammen. Über das Ergebnis der Beratungen dieses obersten Vertretungsorganes des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes wird, wie das Nachrichtenbüro des Vd. J. meldet, folgendes mitgeteilt:

Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss bekannte sich zu der Notwendigkeit einer neuen Verfassung des deutschen Protestantismus mit dem Ziele der Schaffung einer Deutschen Evangelischen Kirche auf der Grundlage des vorhandenen Bekenntnisbundes. Er stellte sich hinter die von seinem Präsidenten getroffenen Maßnahmen und billigte insbesondere die Berufung des lutherischen Landesbischofs D. Matharrens-Hannover und des reformierten Studiendirektors Pastor D. Hejles-Oberfeld zu entscheidender Mitarbeit sowie die Heranziehung anderer in der kirchlichen Bewegung führender Persönlichkeiten. Der Kirchenausschuss erteilte seinem Präsidenten weitestgehende Vollmacht, für die Gesamtheit des deutschen Protestantismus zu sprechen und zu handeln. Er begrüßt es, daß schon die Annäherung des Reformwerkes ein großes zustimmendes Echo im Lande gefunden hat, u. a. aus zahlreichen freien Verbänden, namentlich auch der Jugend.

Präsident D. Kapler wurde am Dienstag vom Reichskanzler Hitler empfangen und berichtete über die kirchenpolitische Lage und die Vorgänge in Mecklenburg. Nach einer Besprechung des mecklenburgischen Ministerpräsidenten und des Landesbischofs mit dem Reichsinnenminister Dr. Frick hat die mecklenburgische Regierung die Ernennung eines Staatskommissars für die evangelische Kirche von Mecklenburg-Schwerin zurückgezogen.

Zwischen Vertretern des Kirchenausschusses und der „Deutschen Christen“ hat in Berlin eine Besprechung stattgefunden. Reichskanzler Hitler hat als Verbindungsmann zwischen sich und den amtlichen Stellen der evangelischen Kirche den Wehrkreispfarrer Müller aus Königsberg (Ostpreußen) ernannt, der der Reichsleitung der Glaubensbewegung angehört.

Der Reichskanzler und die evangelische Kirche

Berlin, 26. April. Mit Rücksicht auf die Vorgänge in Mecklenburg und die bekannten Bestrebungen zur Schaffung einer allgemeinen Evangelischen Deutschen Kirche hat der Reichskanzler den Wehrkreispfarrer Müller als seinen Vertrauensmann be-



vollständig. Wehrkreispfarrer Müller erklärt einen Aufruf, in dem es heißt:

Die „Deutschen Christen“ wollen eine evangelische deutsche Reichskirche. Die Kirchenregierungen wollen ebenfalls eine große „Evangelische Kirche deutscher Nation“. Diese Kirche muß jetzt gebaut werden. Es ist der Wunsch und der Wille des Reichsanstalters, daß die evangelische Christenheit das große Werk mit vollem Gottvertrauen beginne und in vertrauensvoller Mitarbeit mit dem Reich vollende. Im Namen des Reichsanstalters fordere ich alle Beteiligten zu ehrlicher Mitarbeit auf.

Die Washingtoner Besprechungen

Kein festes Abkommen

Die bisherigen Beratungen zwischen Macdonald und Roosevelt sind, wie aus Washington gemeldet wird, äußerlich sehr glatt verlaufen, man ist jedoch nicht zu festen Vereinbarungen gelangt, denn man ist sich zwar über das Ziel und die große Linie einig, läßt aber bei Ausarbeitung der Einzelheiten auf Schwierigkeiten. Insbesondere kann in der Frage der Zolltarifverträge nichts unternommen werden, solange die Stetigkeit der Währungen nicht gesichert ist. Die Lösung wird durch die Washingtoner Inflationenpläne erheblich gehindert. Das Ergebnis wird daher ein reichlich überlegter Bericht sein, an dem jedoch noch wochenlang in Konferenzen der amerikanischen und britischen Sachverständigen gearbeitet werden muß.

Die Hauptgrundzüge, über die Macdonald und Roosevelt einig sind, werden folgendermaßen zusammengefaßt:

1. Der amerikanische Dollar und das englische Pfund sollen auf natürlicher Grundlage etwa im gegenwärtigen Verhältnis befestigt werden.

2. Die beiden Regierungen verpflichten sich, nichts zu unternehmen, um durch künstliche Entwertung eine Währung gegen die andere auszuwählen.

3. Es wird als wünschenswert betrachtet, die Weltmarktpreise durch Abschaffung der Zollmauern und mit Hilfe einer überwachenden „Weltinflation“ zu erhöhen.

4. Die Heranziehung des Silbers als Währungsmittel, die Handelsverträge und die Kriegsschulden sollen späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben.

Inzwischen haben die Verhandlungen zwischen den amerikanischen und den französischen Sachverständigen begonnen. Hierfür hat Roosevelt ein ziemlich umfangreiches Programm ausarbeiten lassen, das er Herriot vorgelegt hat und das wegen seines Eingehens auf politische wie wirtschaftliche Dinge Herriot angeblich sehr gefallen hat. Frankreich wünscht einen „Konstitutiv-Vertrag“, also einen Vertrag, der bei Kriegsgefahr die unbeteiligten Staaten zu mahndem Eingreifen verpflichtet. Roosevelt ist bereit, diesen Wünschen entgegenzukommen, wenn auch nicht in Form vertraglicher Bindung, sondern als Zusicherung, und zwar entsprechend gleichlautenden Punkten der Programme beider politischen Parteien, wie sie im Juni 1932 in Chicago beschlossen worden sind.

Am Dienstagabend standen bei einem Essen, an dem Roosevelt, Macdonald und Herriot teilnahmen, im Brennpunkt der Besprechungen die Kriegsschulden und die Abrüstung.

Gemeinsame Erklärung Roosevelts und Macdonalds über die Schuldenfrage

Washington, 26. April. Roosevelt und Macdonald erörterten Dienstag nachmittag die Kriegsschuldenfrage. In einer gemeinsamen Erklärung heißt es u. a.: Beide Staatsmänner glauben, daß die Grundlage eines klaren Verständnisses für die Situation gelegt worden ist, die die beiden Nationen berührt. Es würde völlig irreführend sein, anzunehmen, daß irgendein Plan oder irgendeine Regelung unterwegs wäre. Die einfache Wahrheit ist, daß bisher nur vorläufige Erkundungen begonnen haben und daß in freundschaftlichstem Geist Fortschritte gemacht worden sind. Nach der Abreise des Premierministers können diese Besprechungen sehr wohl in London und Washington fortgesetzt werden.

Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz am 12. Juni

Washington, 26. April. Roosevelt und Macdonald sind übereingekommen, den 12. Juni zum Eröffnungstag der Weltwirtschaftskonferenz zu bestimmen.

Neues Vorgehen gegen Böß

Er soll seinen Haushalt auf Kosten der Stadt geführt haben

W.B. teilt mit: Der Staatskommissar Dr. Lippert hat dem Oberbürgermeister Dr. Sahm eine Darstellung von Vorgängen überreicht, die mit Liquidationen des früheren Oberbürgermeisters Böß zusammenhängen. Gleichzeitig hat Dr. Lippert ersucht, gegen Böß geeignete Maßnahmen zu ergreifen, vornehmlich die Frage der Pension zu klären. Dem früheren Oberbürgermeister wird vorgeworfen, alle Kosten seines Haushaltes in Rechnung gestellt zu haben, obwohl er eine erhebliche Dienstaufwandsentschädigung bezogen hat. Nach den bisherigen Feststellungen beläuft sich der Schaden, der der Stadt Berlin durch diese Manipulationen entstanden ist, in die Hunderttausende.

In einer Begründungsschrift gibt Staatskommissar Dr. Lippert eine Zusammenstellung der früheren Bezüge der Berliner Oberbürgermeister. In dem reichen Deutschland vor dem Kriege betragen sie 40 000 RM, ohne Dienstaufwandsentschädigung und ohne Dienstwohnung. Herr Böß dagegen erhielt zum Schluß 30 000 RM, und 24 000 RM Dienstaufwandsentschädigung und freie Dienstwohnung. Darüber hinaus ließ Böß alle Aufwandskosten von der Stadt noch besonders vergüten, so daß damit die Dienstaufwandsentschädigung zum reinen Gehalt wurde. Dabei hat Herr Böß der Stadt nicht nur solche Kosten angerechnet, die man wirklich als Repräsentationskosten ansprechen könnte, sondern er hat sich die kleinsten Kleinigkeiten seines Haushaltes, wie Toilettenpapier, Schrankpapier, Zucker zum Einmachen und

ähnliche Dinge bezahlen lassen. Der Schaden, der der Stadt und der Steuerzahlenden Berliner Bevölkerung dadurch entstanden ist, geht in die Hunderttausende. Unter anderem hat Herr Böß sich für einen Hund 200 RM, für einen Maulkorb 250 RM, für den Hundeleinen in elf Monaten 330 RM bezahlen lassen. Auch seine Kundfunkgebühren ließ er sich von der Stadt, also von den Steuerzahlern, erlegen. Allein an Baukosten an seiner Dienstwohnung berechnete er nicht weniger als 150 000 RM. Für 10 000 RM ließ er sich eine vornehme Toilette einbauen — alles außerhalb der Dienstaufwandsentschädigung.

Von einigen Sonderposten seien erwähnt: Blumenstrauch zum Geburtstag des Geheimrats Ruttner, unter dessen Leitung im Rudolf-Virchow-Krankenhaus Fr. Böß als Schwester ausgebildet werden sollte (also lediglich persönliche Beziehungen) 20 RM, Pflanzendekoration vor der Kaiserbüste seiner Villa zur Bekleidung dieser Büste 40 RM, Toilettenpapier 50,50 RM, zwei Zigarrenabnehmer 34 RM, 16 Pfund Walderdbeeren 19,20 RM, zwei Pfund Erdbeeren 1,40 RM, zwei Pfund Fuderzucker 90 Pf., zwei Pfund Zucker 80 Pf. (von Frau Böß angefordert), Transport eines ovalen Tablett 75 Pf., Transport von zwei Sähen- und Zuckerschalen 2 RM, Transport von zwei Jangen 40 Pf., Transport von zwei Tischstühlen 2,50 RM. Am 18. November 1927 stellte Frau Böß in Rechnung: für Zucker 20 Pf., für den Waghund, der aber kein Waghund war, sondern sich im Familienbesitz befand und auch tagsüber nicht an der Kette lag, bewilligte sich Herr Böß Steuerfreiheit. Selbst die Gramophonadeln für ein in der Wohnung vorhandenes Grammophon ließ sich Herr Böß bezahlen.

Ausgabe des Fettgeldes zum 10. Mai

Berlin, 26. April. Der Runderlaß des Reichsarbeitsministeriums über die Ausgabe des Fettgeldes, das zum Ausgleich für die durch die Fettsteuer bewirkte Preissteigerung ausgegeben wird, soll, wie das Nachrichtenbüro des R.A. berichtet, in diesen Tagen an die zuständigen Behörden hinausgehen. Bezugsberechtigt werden rund 23 Millionen Menschen sein, nicht nur Arbeitslose, sondern auch Sozialrentner usw. Infolge des Rückganges der Arbeitslosigkeit erwartet aber das Reichsarbeitsministerium eine Verringerung dieser Ziffer um ungefähr 1 Million. Insgesamt werden dem Reich aus der Fettsteuer rund 200 Millionen RM für diese Verbilligungsmahnahme zur Verfügung stehen. Die Ausgabe des Fettgeldes soll so beschleunigt werden, daß es erstmalig am 10. Mai in Zahlung gegeben werden kann. Die Karten lauten auf 25 Pf. für ein Pfund Fett. Für Mai, Juni und Juli werden zunächst je zwei Karten zu je 25 Pf. ausgegeben. Doch ist mit einer Verlängerung der Verbilligungsfrist zu rechnen. Die Fettkarten können u. a. beim Einkauf von Margarine, Butter, Käse, Schmalz, Speck, Nierenfett, Griebenfett in Zahlung gegeben werden.

Wehr Kameradschaft!

Berlin, 26. April. Die deutschnationale Pressestelle teilt mit: Bei der deutschnationalen Führung und den Abgeordneten gehen in wachsender Zahl Beschwerden ein, die sich mit Uebergriffen und unkameradschaftlichen Handlungen nationalsozialistischer Stellen gegen deutschnationale Beamte, Richter, Lehrer, Jugendverbände, Jellenorganisationen beschäftigen. Eine Beantwortung im einzelnen ist angesichts der Fälle (!) von Zuschriften nicht möglich.

Es sei auf diesem Wege mitgeteilt, daß zwischen Dr. Hugenberg einerseits und dem Reichsanstaltler sowie dem preussischen Ministerpräsidenten andererseits Verhandlungen schweben, die auch auf dem Gebiet der politischen Praxis die Sicherung der Gleichberechtigung jedes Angehörigen der deutschnationalen Bewegung zum Ziel haben. Diese Gleichberechtigung hat stets eine der Hauptgrundlagen aller bisherigen Abmachungen zwischen den beiden Gruppen der nationalen Bewegung gebildet.

Die schwebenden Verhandlungen stehen mit den durch die Neuorganisation der Regierungsverhältnisse in Preußen aufgeworfenen Fragen in unmittelbarem Zusammenhang.

Neues vom Tage

Düsterberg vom Amt als zweiter Bundesführer des Stahlhelms entbunden

Berlin, 26. April. Wie wir vom Bundesamt des Stahlhelms, Bund der Frontkämpfer, erfahren, hat der erste Bundesführer, Reichsminister Franz Selbte, den zweiten Bundesführer, Oberleutnant Düsterberg, von seinen Ämtern entbunden. Diese Maßnahme ist erfolgt, um die einheitliche Führung und den geschlossenen Einsatz des Stahlhelms zu sichern. Der erste Bundesführer Franz Selbte hat die alleinige Führung übernommen.

Wahlen im preussischen Staatsrat

Berlin, 26. April. In einer konstituierenden Sitzung wählte der preussische Staatsrat den Abgeordneten Dr. Ley zu seinem Präsidenten und die Nationalsozialisten Tress-Berlin und Wagner-Bodum zu Vizepräsidenten. Außerdem wurde ohne Widerspruch beschlossen, die vom alten Staatsrat beim Staatsgerichtshof in Leipzig angelegte Klage wegen der Auflösung der Gemeindeparlamentarismus rückgängig zu machen. Ministerpräsident Göring hatte in einer Eröffnungsansprache die unvermindert starke Bedeutung Preußens für das Deutsche Reich unterstrichen. Der Staatsrat wird am 30. Mai zu einer Arbeitstagung zusammentreten.

Der Mitwisserschaft der Reichstagsbrandstiftung beschuldigt Halle a. d. S., 26. April. Vom Zentralauschuss zur Durchführung der nationalen Revolution, der an der Universität Halle gebildet worden ist, wird eine Erklärung ausgegeben, durch die der früher in Halle tätig gewesene jüdische Professor Herr der Mitwisserschaft der Reichstagsbrandstiftung beschuldigt wird.

Die Erdbebenkatastrophe auf Kos

Kos, 26. April. Die furchtbare Erdbebenkatastrophe auf Kos hat noch mehr Opfer gefordert, als bisher gemeldet worden sind. Nach den letzten Berichten konnten bisher 119 Tote aus den Trümmern geborgen werden. Die Zahl der Verletzten hat inzwischen 600 überstiegen.

Aus Stadt und Land

Montag, den 27. April 1933.

Die Feier des nationalen Tages der Arbeit wird auch in Altensteig eine würdige sein. In einer im „Bad“ tätigen Besprechung, unter dem Vorsitz des Ortsgruppenführers der NSDAP, Karl Steeb, zu der die Vorstände von Behörden, Vereinen und Verbänden eingeladen waren, wurde ein Programm aufgestellt, das nunmehr definitiv festgelegt ist. Es sieht folgende Veranstaltungen am Montag, den 1. Mai vor:

- 6 Uhr: Tagewacht, die an verschiedenen Plätzen der Stadt gespielt wird.
- 7/8 Uhr: Sammlung der Belegschaften in den Betrieben.
- 8 Uhr: Sammlung der Verbände, Vereine u. Schulen und Abmarsch zur Gefallenen-Ehrung am Kriegerdenkmal.
- 10/10 Uhr: Kirchgang der gesamten Einwohnerschaft und Festgottesdienst.
- 11 Uhr: Uebertragung der Botschaft des Reichspräsidenten und der Rede des Reichsministers Dr. Goebbels mit Platzkonzert der Stadtkapelle.
- 2-5 Uhr: Sportliche Wettkämpfe. Abmarsch am Marktplatz um 2 Uhr.
- 7/8 Uhr: Kundgebung auf dem Marktplatz mit Uebertragung des Manifestes des Reichsanstaltlers Adolf Hitler.

Anschließend ist allgemeine Feier im „Grünen Baumsaal“. An der Gefallenen-Ehrung werden die beiden hiesigen Gesangsvereine und die Stadtkapelle mitwirken; am anschließenden Festgottesdienst der Musikverein. Abends werden die Häuser des Marktplatzes und der Springbrunnen auf dem Marktplatz illuminiert werden. Auch soll am Tag der Feier der nationalen Arbeit die Stadt mit Tannen geschmückt und der Einwohnerschaft Tannenreis zum Schmuck der Häuser seitens der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Die allgemeine Besetzung der Häuser wird das festliche Bild der Stadt vervollständigen. Die Verhandlungen über die Festsetzung des Programms nahmen einen sehr harmonischen Verlauf und gewährleisteten eine ebenso einmütige und würdige Feier des Tages der nationalen Arbeit.

— Verbot von Märkten am 1. Mai. Nach einem Erlass des württ. Wirtschaftsministeriums dürfen Märkte am 1. Mai nicht abgehalten werden.

— Regelung des Dienstes bei der Reichsbahn am 1. Mai. Bei der Deutschen Reichsbahn wird der Dienst am 1. Mai dem Feiertag der nationalen Arbeit, wie an Feiertagen geregelt. Die am 1. Mai im Fahrplan der Züge und der Bodenreedampfschiffahrt eintretenden Änderungen werden noch bekanntgegeben werden. Die Züge des Personenverkehrs verkehren am 1. Mai wie an Sonn- und Feiertagen.

Dienst- und Vollzugsordnung für das Schutzhaftlager Heuberg. Die Dienst- und Vollzugsordnung für das Schutzhaftlager Heuberg (siehe Staatsanzeiger Nr. 93 vom 22. April) ist mit dem 21. April in Kraft getreten. Demnach ist jetzt eine Besuchs möglichkeit auf dem Schutzhaftlager Heuberg gegeben. Diesbezügliche Gesuche sind schriftlich bei den Oberämtern einzureichen, die sie nach den dort getroffenen Bestimmungen weiter behandeln werden. Gesuche von Presse-Vertretern zu Besuchen auf dem Schutzhaftlager Heuberg sind an den Ersten Schriftleiter des Staatsanzeigers (Presse-Stelle des Staatsministeriums) einzureichen.

Kö. Nagold, 26. April. Die Stadtkapelle Nagold hat beschlossen, sich in eine SA-Kapelle umzuwandeln und mit der bisher bestehenden kleinen SA-Kapelle zusammenzuarbeiten. Die Uniformierung wird von der Ortsgruppe Nagold gestellt. — Zum Obmann des Landwirtschaftl. Ortsvereins Nagold wurde der bisherige Stellvertreter Obmann Julius Raaf gewählt. Stellvertreter wurde Reinhold Kaiser.

Baiersbrunn, 27. April. (Brandfall.) Gestern abend gegen halb 9 Uhr brach in dem Dachstuhl des Wohn- und Dekonomiegebäudes von Karl Klumpp, Schindelgeschäft Brunnentisch, Feuer aus. Durch lagernde Schindelvorräte breitete sich das rasende Element schnell aus und eine lodernde Feuerzunge schlug gen Himmel. In Stall und Scheune war das Feuer schon bis zum Grund durchgedrungen. Die Wohnräume konnten durch die Feuertwehre erhalten werden. Das Haus ist aber böß zugeriecht. Die Familie, welche im Begriff war, zur Ruhe zu gehen, mußte notdürftig bekleidet das Haus verlassen.

Hochdorf, O.A. Freudenstadt, 26. April. (Gesamtgemeinderat.) Von 6 (8) Sigen erhalten die NSDAP, und Bauernbund 5, der Christl.-soz. Volksdienst 1 Sige. Die Namen der Gemeinderäte sind: NSDAP, und Bauernbund: Konrad Waldsch, Straßenwart; Weisse, Gemeindefleger; Gg. Maulsch, Landwirt; Jaf. Seeger, Landwirt; Louis Koch, Land- und Gastwirt; Schornbach, Christl.-soz. Volksdienst; Anwalt Kessler, Teilgemeinderat NSDAP; Jaf. Schabbe, Land- und Gastwirt; Joh. Theurer, Land- und Gastwirt.

Selensfeld, 26. April. (Der neue Gemeinderat.) Von 6 (10) Sigen erhalten die NSDAP, 6 Sige. Die Namen der Gemeinderäte sind: Hermann Ambruster, Gutsbesitzer; Emil Müller, Ruchhausbesitzer; Andreas Kappler, Oberholzhauer; Andreas Klübeiner, Sägewerksbesitzer; Friedrich Schleich, Landwirt; Christian Freg, Kaufmann.

Erggrube, 26. April. (Der neue Gemeinderat.) Von 6 (8) Sigen erhalten die NSDAP, 4, die SPD, 2 Sige. Die Namen der Gemeinderäte sind: NSDAP: Joh. Reinhardt, Schreinermeister, leit. Gemeinderat; Otto Böhm, Oberholzhauer; Josef Dento, Privatier, leit. Gemeinderat; Martin Böhm, Straßenwart, leit. Gemeinderat.

Freudenstadt, 26. April. (Der neue Gemeinderat.) Von 16 Sigen erhalten, nachdem die Sozialdemokraten auf die ihnen zustehenden 3 Gemeinderatsitze verzichtet hatten, und auch keine Listenverbündung mehr zustande kam, die NSDAP, 12, die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 2, der Christl.-soz. Volksdienst und das Zentrum je 1 Sige. Die endgültigen Namen der Gemeinderäte sind: 1. Christl.-sozialer Volksdienst: 1. Wilhelm Zeininger, Architekt, 2. Kampffront Schwarz-Weiß-Rot: 1. Dr. med. Kubenhofer, Chefarzt des Bezirkskrankenhauses; 2. Richard Bruder, Sägewerksbesitzer, 3. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei: Robert Leinberger, Bäckermeister, leitender Gemeinderat; 2. Otto Raft, Malermeister, leitender



Gemeinderat; 3. Albert Schüle, Gipfelermeister, leitend. Gemeinderat; 4. Ehr. Böhler, Postkassier; 5. Wilhelm Holtermann, kaufmännischer Angestellter; 6. Fritz Hahn, Bahnwärter; 7. Karl Bruder, Mechaniker; 8. Georg Wägelein, Kaufmann; 9. Wilhelm Belz, Architekt; 10. Rudolf Dangel, Schriftleiter; 11. Karl Wirth, Zugführer; 12. Paul Schänzlin, Studienassessor. Zentrum: Georg Dörle, Zugführer.

Bad Teinach, 26. April. (Hauptversammlung des Kurvereins.) Am letzten Sonntag fand die Hauptversammlung des Kurvereins im Badhotel statt. Nach herzlichen Begrüßungsworten und nach der üblichen Ehrung zweier vorjähriger Mitglieder erstattete der Vorsitzende, Bürgermeister Kaiser, den Geschäftsbericht. Der Kurverein sei auch im vergangenen Jahre bemüht gewesen, mit den ihm zur Verfügung stehenden bescheidenen Mitteln nützlich zu arbeiten. Die Einnahmen an Kartagen hätten die Ausgaben nicht gedeckt, so daß Restmittel angegriffen werden mußten. Größeres zu unternehmen sei daher dem Vereine verjagt gewesen. Um so rühmlicher sei es darum, daß die Mineralbrunnen AG. mit Herrn Generaldirektor Kuber an der Spitze schon seit Jahren, ganz besonders aber im letzten Winter, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zum Ausbau Teinachs in musterbildender und großzügiger Weise Neuerungen an ihrem Anwesen vorgenommen haben, die einen gewaltigen Fortschritt in Bad Teinach bedeuten.

Calw, 25. April. (Ein unglücklicher Todesfall.) Gestern mittag wurden eine ledige Fabrikarbeiterin von Calw und ihr Bräutigam, da sich bei beiden seit einigen Tagen verdächtige Krankheitserscheinungen bemerkbar gemacht hatten, in das Bezirkskrankenhaus eingeliefert. Wenige Stunden nach der Einklieferung ist das Mädchen gestorben. Das Befinden des Bräutigams ist bedenklich. Ueber die Ursache des raschen Todes des Mädchens herrscht noch keine Klarheit. Da man zunächst eine Nahrungsmittelvergiftung vermutete, wurde sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet und die Leiche gerichtliche beschnitten.

Neuenbürg, 26. April. Von den bisher in Schutzhaft befindlichen Bezirksangehörigen wurden sechs nach dem Heuberg gebracht. Zwei sind aus Birkenfeld, zwei aus Calmbach und je einer aus Herrenald und Wildbad.

Unterjettingen, 27. April. (Brandfall.) Heute früh, kurz nach 4 Uhr brach in der Scheuer des Johann Schanauer, gemeinsamen Viehhändlers, Feuer aus, das sich mit solcher Geschwindigkeit ausbreitete, daß Scheuer und Wohnhaus dem rauchenden Element zum Opfer fielen. Die große Familie konnte sich napp in Sicherheit bringen. Außer dem Vieh konnte fast nichts gerettet werden. Durch tatkräftiges Eingreifen der Feuerwehr wurden die gefährdeten Nachbargebäude vom Feuer verschont.

Herrenberg, 26. April. (Der neue Gemeinderat.) Der Termin zur Einreichung der Listen für die Neubildung des Gemeinderats ist gestern abend abgelaufen. Hier wurden nur zwei Vorschläge eingereicht. Hienach sind die Namen der neuen Gemeinderäte folgende: vom Wahlvorschlag 1 NSDAP.: Eugen Rauch, Eduard Greiß, Eugen Kiling, Moriz Kurz, Gottlob Hiller, Fritz Reichert. Vom Wahlvorschlag 2 NSDAP. — Ch.B. — B.B.: Wilhelm Methammer, Johannes Traub, Wilhelm Jerweid.

Oberndorf, O.A. Herrenberg, 25. April. (Unfallsfall auf dem Sportplatz.) Bei dem am letzten Sonntag sätigen Meisterschaftsspiel der D.R. Oberndorf gegen D.R. Balingen O.A. Horb ereignete sich ein bedauerlicher Unfall. In der ersten Spielhälfte wurde der hiesige Spielführer Fischer im Gedränge von einem Balingener Spieler auf den Leib gestossen. Fischer schenkte dem Vorkommnis zunächst keine weitere Beachtung und spielte bis zum Schluß weiter. Im Laufe des Nachmittags stellten sich jedoch bedeutende Schmerzen ein, so daß der Arzt gerufen werden mußte, welcher die sofortige Verbringung des Verletzten in die Klinik nach Tübingen anordnete. Wegen einer Darmverletzung mußte in Tübingen sofort operiert werden, woselbst der Verletzte nun in bedenklichem Zustand darniederliegt.

Stuttgart, 26. April. (Rücktritt des Hohenheimer Rektors.) Professor Dr. Rüdiger, der am 18. Januar vom Senat als Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim für das Studienjahr 1933/34 gewählt worden war, ist, obwohl er mit seiner Person ganz auf dem Boden der nationalen Regierung steht, aus freiem Entschluß als rektor designatus zurückgetreten, um dem Senat damit die Möglichkeit zu geben, den seit Vornahme der Wahl geänderten Verhältnissen durch eine neue Wahl Rechnung zu tragen.

Aus Berlin zurück. Staatspräsident Murr, der in Begleitung von Staatsrat Waldmann der Konferenz der Innenminister der deutschen Länder in Berlin beigewohnt hat, ist wieder in Stuttgart eingetroffen. — Wie der „N.S.-Kurier“ aus gut unterrichteter Quelle erfährt, ist mit der Ernennung der Reichsstatthalterei erst zu Beginn nächster Woche zu rechnen.

Der Kampfbund in Bereitschaft. In einer Mitgliederversammlung des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes erklärte der Geschäftsführer Kleingrings, die Bekämpfung der Warenhändler, Einheitspreisgesetze, Konsumvereine, Großfilialbetriebe werde fortgesetzt werden. Es dürfe nicht mehr vorkommen, daß Mittelständler in diesen Geschäften einkaufen. Auch der Beamtenstand sei der Einkauf in Konsumvereinen zu unterlagen. Mit einer entsprechenden Verordnung und der Schließung neuer eröffneten Filialbetriebe könne bestimmt gerechnet werden. Eine wesentliche Einschränkung der Betriebe der öffentlichen Hand sei bereits vorgelegen. Die zerstörende Einwirkung jüdischer Einflüsse auf mittelständische Belange müsse endgültig aufgehoben werden.

Studenten schaffen ein Schandmal. Zu Beginn des Sommersemesters am 3. Mai wird jede Studentenschaft auf ihrer Hochschule ein Schandmal errichten. Es wird das ein etwas über mannshoher slobiger Bauwerk sein, ein Schandpfahl, an den die Studenten unehrliche und unwissenschaftliche Schriften, sowie die Erzeugnisse derer, die sich durch ihre Beteiligung an der Greuelthat vom deutschen Volke losgelagelt haben, nageln werden.

Württemberg. Abordnung zur Maifeier nach Berlin. Der Gau Württemberg der NSDAP. hat zu dem Arbeiterempfang durch den Volkskanzler Adolf Hitler am 1. Mai in Berlin eine Abordnung von 25 Mann zu entsenden.

Wieder Tränengas. Am Dienstag wurde im Kaufhaus Schoden in der Lebensmittelabteilung zwischen 4 und 5 Uhr von einer unbekannten Frau eine Tränengasbombe geworfen. Der betreffende Verkaufsraum mußte etwa 20 Minuten geschlossen werden. Verletzt wurde niemand.

Subwigoburg, 26. April. (Motorradfahrer eine SS-Kolonie.) Am Dienstag abend fuhr ein Motorrad zwischen Markgröningen und Alperg in eine Gruppe marschierender Nationalsozialisten aus Alperg hinein, wobei einer der SS-Leute, der 29jährige verheiratete Hilfsarbeiter Robert Maier von Alperg, so schwere Verletzungen davontrug, daß er gestorben ist. Auch der Lenker des Motorrades, der 35jährige verheiratete Hermann Breuninger aus Balingen, erlitt eine Gehirnerschütterung, während einige weitere Nationalsozialisten mit leichteren Verletzungen davongekommen sind. Der Motorradfahrer ist ebenfalls Nationalsozialist und war zur Zeit des Unfalls in SA-Uniform. Das Motorrad war unbeschildert, da die Lichtanlage des Motorrades verlagert. Die Führer der SS-Abteilung gaben dem Motorradfahrer Lichtsignale mit der Taschenlampe, die aber erst bemerkt wurden, als er seine Fahrt nicht mehr bremsen konnte.

Heilbronn, 26. April. (Oberbürgermeister des Dienstes enthoben.) Laut Verfügung der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperchaftsverwaltung wurde Oberbürgermeister Beutinger vorläufig seines Dienstes enthoben, da gegen ihn ein Verfahren wegen eines Vergehens der Untreue schwebt.

Gmünd, 26. April. (Truppeneinzug.) Dienstag um die Mittagsstunde ist in die festlich geschmückte Stadt Gmünd die 9. Kompanie des 13. Jnz. Regts. eingezogen, die von Ulm nach dem neuen Standort Gmünd verlegt worden ist. Das neue Militär wurde mit seinem Kompanieführer, Hauptmann Kaiser, in seiner neuen Garnison unter harter Anteilnahme der Bevölkerung empfangen.

Ravensburg, 26. April. (Verhaftung eines Gemeindepfleger.) In der Kasse des Gemeindepfleger Kling in Grüntraut wurden Unregelmäßigkeiten festgestellt. Es handelt sich um einen Fehlbetrag von 6100 RM. Die Bücher sind unrichtig geführt. Kling hatte sich in die Schweiz begeben und ist am Montag zurückgekehrt. Er ist alsbald in Haft genommen worden.

Blaubeuren, 26. April. (Wom Felten gestürzt.) Schüler des Landesschulheims Herrlingen machten einen Ausflug auf das Rujsenschloß. Ein 8 Jahre alter Knabe kletterte auf einen Felten und stürzte dabei herunter. Er wurde am rechten Oberarm verletzt, sowie an beiden Beinen oberhalb der Knie.

Ulm, 26. April. (Der erste elektrische Zug.) Um 16.30 Uhr sammelte sich eine große Zuschauermenge am Hauptbahnhof an. Bahnhofstege und Hausstraßen waren von schaulustigen belagert. Der erste elektrisch betriebene Zug aus Richtung Augsburg wurde festlich empfangen. Ehenbahnernuß konzertierte. Die elektrische Lokomotive war festlich betränkt und beslaggt.

Friedrichshafen, 26. April. (Flugzeugunglück.) Auf dem Flugplatz Löwenthal kreiste beim Start zu einem Probeflug ein Flugzeug eine Telegraphenstange, wobei die Maschine beschädigt wurde, die Insassen wurden leicht verletzt.

Hauptversammlung des Verbands Südb. Omnibuslinien

Stuttgart, 26. April. Am Dienstag fand die Hauptversammlung des Verbands Süddeutscher Omnibuslinien statt. Der leitende Vorsitzende Direktor Dommel anschließend nahm der als Verbindungsmann zwischen dem Verband und der Württ. Staatsregierung amtierende Gauvorsitzende des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes für Württemberg und Hohenzollern, Landtagsabg. Bayer-Ragold das Wort, um über die Lage des Omnibusverkehrs im neuen Staat zu sprechen. Er gab bekannt, daß sich ein Geis in der Ausarbeitung befinde, das alle Konzerne, Warenhäuser und Trusts innerhalb zwei Jahren durch die Auferlegung entsprechender Steuern erlebigen werde. Parallel damit gehend, stelle er die heuerliche Entlastung des gewerblichen Mittelstandes in Aussicht und kam dann auf die Preispolitik der Reichsbahn und der Reichspost zu sprechen, die ihre Monopolstellung ausgeben hätten. Kalche Hilfe für die freie Entwicklung des gewerblichen Mittelstandes, zu dem sich auch die Omnibusbesitzer zu zählen hätten, sei notwendig. Es wurde unter größter Einmütigkeit nachstehendes Telegramm an den Verzug von Gotha abgerichtet: Der Verband Südb. Omnibuslinien Ch. fordert die Beseitigung der Monopolstellung der Reichspost im Personenverkehrsgebiete und der Vorausstellung der Reichsbahn und Reichspost im Geis über den Überlandverkehr mit Personen. Sonderfahrten solcher Institute dürfen nur nach Kilometerpreisen ausgeliefert werden, die mit uns gemeinsam festgelegt sind. Wir verlangen eine öffentliche Untersuchung über die Rentabilität des gesamten Postkraftwagenbetriebs, ferner müssen Personenbeförderungen durch Postkraftwagen wegen der Unwürdigkeit und Gefährlichkeit im Interesse der Öffentlichkeit verboten werden. Kalche Hilfe tut wegen der in Württemberg besonders gelagerten Verkehrsverhältnisse dringend not, da unser Gewerbe und unsere Mitglieder durch die unsichere Konkurrenz der Betriebe der öffentlichen Hand vor dem Ruin stehen. Wir verlangen freie Entwicklungsmöglichkeit nach den vom Reichsminister aufgestellten Grundsätzen.

Vandestagung der Lagerführer des Arbeitsdienstes

Stuttgart, 26. April. Der Bezirksführer für den Arbeitsdienst in Süddeutschland, Hauptmann a. D. Alfred Müller, hat sämtliche Lagerführer des Arbeitsdienstes in Württemberg und Hohenzollern am Donnerstag 27. April, zu einer Schulungstagung nach Stuttgart berufen. Der Zweck dieser Tagung soll sein, die aus weltanschaulich ganz verschiedenen Organisationen stammenden Führer auf eine einheitliche nationale Linie zu bringen. Des weiteren sollen die Lagerführer mit den neuen Richtlinien und Verordnungen des Reichskommissars bekannt gemacht werden, damit Erziehung und Arbeit in den einzelnen Organisationen und Lagern nicht mehr wie bisher verschiedene Wege gehen. Neben Vertretern der Behörden wird eine Reihe

bewährter Pioniere des nationalen Arbeitsdienstes Vorträge halten. Anschließend findet eine allgemeine Aussprache statt. Am Samstag 29. April, nachmittags, nehmen die Lagerführer an dem Appell des Nationalen Hilfsdienstes auf dem Karloplatz teil. Vor dem Denkmal wird in offenem Vizeed aufmarschiert. Dahinter stehen alle Lagerführer sämtlicher anderen württembergischen Arbeitsdienst-Organisationen. Die Fahnenabordnungen nehmen am Denkmal Platz. Seitens der geladenen Ehrengäste sowie von dem Bezirksführer für Arbeitsdienst in Süddeutschland, Hauptmann a. D. Alfred Müller, werden Ansprachen gehalten, die von Märschen der SA-Kapelle umrahmt werden.

Aus Baden

Haslach i. A., 25. April. Freitagmittag verunglückte der mit Langholzschleifen am Hopsbacherberg beschäftigte Augustin Bollmer dadurch, daß ihn ein bei der Arbeit losgelöster Stein traf. Bollmer wurde am Rückenmark schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Freiburg, 26. April. (Ein Hirtenbrief.) Erzbischof Dr. Conrad Gröber hat zum Schultag 1933 ein Hirtenschreiben erlassen, das am 7. Mai ds. Js. in den Kirchen verlesen wird. Das Erzbischöfliche Ordinariat hat angeordnet, daß, je nach den örtlichen Verhältnissen, am 1. Mai ein Gottesdienst stattfindet. In der Predigt ist auf die religiöse Bedeutung der Arbeit hinzuweisen.

Bruchsal, 26. April. (Den Bruder erschlagen.) Dienstag abend gegen 10 Uhr ereignete sich hier auf dem Holzmarkt ein trauriger Vorfall des Jähzorns. Der 17jährige August Enz von Heidesheim war mit dem Fuhrwerk allzu lange in Bruchsal in Wirtschaften. Sein 24jähriger Bruder Karl (Inhaber des „Löwen“ in Heidesheim) fuhr mit dem Rad nach hier, um ihn zu suchen. Auf dem Holzmarkt gerieten sie in Wortwechsel. Der 17jährige ergriff auf dem Wagen einen Prügel und schlug dem älteren Bruder dreimal wuchtig auf den Kopf, so daß dieser mit einem schweren Schädelbruch zusammenbrach und einige Stunden darnach verschied.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Neueinstellungen bei Opel. Die Adam Opel AG. in Rüsselsheim, deren Belegschaft sich an Anfang des Jahres auf circa 6000 Köpfe belief, hat infolge der Geschäftsbelebung zahlreiche Neueinstellungen vorgenommen. Die Belegschaft wurde um circa 1200 Arbeiter vermehrt, so daß die Gesellschaft jetzt circa 7200 Mann beschäftigt.

Der Deutsche Männergesangsverein in Wien hat Reichskanzler Adolf Hitler zu seinem Geburtstag die Ehrenmitgliedschaft verliehen.

Nord und Selbstmord in Medesheim (Walg). Am Samstag erschloß auf freiem Felde der ledige 23jährige Landwirt Rudolf Braun den mit Eggen beschäftigten 53jährigen Landwirt und Strohhändler Wilhelm Brunner. Nachdem Brunner schon tot war, gab der Mörder noch einige Schüsse auf sein Opfer ab und rief: „Jetzt habe ich doch gesiegt“. Der 18 Jahre alte Sohn des Wilhelm Brunner ist mit knapper Nähe dem Tode entgangen, weil der Mörder während der Verfolgung zu Boden stürzte. Braun ging dann noch auf dem Felde hin und her und erschloß sich erst, als er Gendarmereueuante kommen sah. Den Grund zu dieser schweren Bluttat bildete ein Strafverfahren, das Brunner vor ungefähr zwei Jahren gegen Braun einleitete, weil dieser seinen Sohn Wilhelm schwer mißhandelt hatte. Braun erhielt seinerzeit eine Geldstrafe.

Aus dem Gerichtssaal

Kö. Ragold, 26. April. (Aus dem Gerichtssaal.) Zur Warnung für andere: Der Metzger Fr. D. aus Wildberg erhielt vom Arbeitsamt Ragold Krisenunterstützung, also aus Mitteln, die aus Steuergeldern bestritten werden müssen. Nebenher machte er aber Hausknechtungen. Da alle Nebenverdienste zwecks Berechnung auf die Unterstützung angemeldet werden müssen, D. aber nur einen Teil davon angab, wurde Klage gegen ihn wegen fortgesetzten Betruges eingeleitet. D. versuchte sein Vergehen dadurch abzumildern, daß er angab, er müsse für ein krankes Kind sorgen und hätte sich Handwerkszeug anschaffen müssen. Der Staatsanwalt beantragte 33 Mark Geldstrafe, das Gericht ging jedoch darüber hinaus und verurteilte D. zu einer Woche Gefängnis und zur Tragung der Kosten. Die Begründung besagte, beratige Delikte, durch die einer sich aus öffentlichen Mitteln bereichern wolle und diese mißbrauche, müßten schwer geahndet werden, zumal D. bereits einmal verwahrt worden war und die Geschäftsmelt von Wildberg, die ja gerade diese Mittel aufbringen müsse, habe sich mit Recht darüber erregt. Im Interesse der Allgemeinheit müsse eine Gefängnisstrafe ausgesprochen werden. — Die Dummheit werden nicht alle: Diese Verhandlung ging auf Begebenheiten im Jahre 1930 zurück. Da waren anlässlich eines Weihnachtsmarktes zwei Unternehmer von 8-Kegelspielen, Ballspielen und Preistegelspielen nach Ragold gekommen. In den Abendstunden haben sie dann einen biederen Handwerksmeister aus Vollmaringen um 148 Mark gekröpft. Die Anlage besagte, daß sie ein Glücksspiel zum Gewerbe gemacht hätten. Da ihnen aber heute nicht mehr nachgewiesen werden konnte, daß sie über den für sie erlaubten Rahmen eines Glücksspiels hinausgegangen sind, wurde vom Gericht dem Straf Antrag des Staatsanwalts über dreimal 3 Wochen, einmal 14 Tage und einmal 10 Tage für die Unternehmer und ihre Schlichen nicht stattgegeben, das Gericht sprach sie frei. Dieses Vorkommnis hatte den Vorteil, daß vom hiesigen Oberamt, das selbst noch nie für solches Spiel einen Wandergewerbeschein genehmigt hatte, nunmehr auch keine drückliche Ausdehnung für einen von einem anderen Oberamt genehmigten Schein gewährt. — Eine Woche Gefängnis für unbedachte Äußerungen: Der zur Zeit sich in Schutzhaft befindliche Fr. St. aus Altensteig hatte im „Köhle“ in Berned über den Möbelfabrikant Schabbe einen lofen Rund geführt und vom „Spezial-Frieder“ gesagt, „es käme auch für ihn noch die Zeit, wo man solche Kerle an die Wand stellen könnte“. St., der wegen Rohheitsdelikten, Körperverletzung u. a. verurteilt ist und der NSD. angehört, wurde dafür mit einer Woche Gefängnis belegt. In der Urteilsbegründung hieß es, daß es unbegreiflich sei, wie ein Mensch aus einer politischen Gesinnung heraus gegenüber seinem Arbeitgeber, der anerkannt sich immer die größten Sorgen um die Weiterbeschäftigung seiner Arbeiter mache, sich derartig verhalten könne.

Turnen, Spiel und Sport

Sportlicher Erfolg des Kraftfahrklubs „Nagoldtal“. Zu dem am letzten Sonntag vom A.D.A.C. veranstalteten 12. Zuvorkommlichkeitsfahrt durch Württemberg, bei der sich neben den Fahrern des A.D.A.C. die Reichswehr mit ihren Spezialgeländemotoren und das R.S.K.R. beteiligten, stellte auch die Ortsgruppe „Nagoldtal“ eine Mannschaft, bestehend aus den Fahrern Benz, Helber und Rothwang. Außerdem beteiligte sich als Einzelfahrer Karl Adermann jun. Diese Fahrt war nicht nur eine Prüfung für den Fahrer, sondern in weit höherem Maße für die Fahrzeuge. Hier verdient der von Herrn Benz (Autohaus Nagold) gefahrene 1 Liter-Opel besondere Erwähnung, der mit nur vier Strafpunkten am besten von der Ortsgruppenmannschaft abschnitt, obwohl unter anderen Schwierigkeiten bei Künzelsau eine drei Kilometer lange, 20-prozentige Steigung auf einem mit Geröll überdeckten Feldweg zu überwinden war. Hier hat dieser Wagen keine Zuvorkommlichkeit bewiesen. Besonders Auffachen erregte auf der ganzen Strecke als ältester teilnehmender Wagen der 520 Wanderer (Jahrgang 1925) des Hauptlehrers Rothwang-Wörnersberg, der noch allen Schwierigkeiten der 350 Kilometer langen Fahrt gewachsen war. Auch Herr Helber-Ebbhausen führte seinen 6-Jahrgang 7/32 Opel erwartungsgemäß über die Strecke und hätte sicher noch besser abgeschnitten, wenn er nicht ausgerechnet kurz vor einer Zeitkontrollstelle „Platzfuß“ bekommen hätte. Es war für die Mannschaft ein erhebendes Gefühl, als sie nach neunhündiger Fahrt mit jahresplanmäßiger Pünktlichkeit vor Tausenden von Zuschauern unter dem Lärm der Reichswehrkapelle durchs Ziel fuhr. Von 22 Mannschaften erreichten nur 14 geschlossen das Ziel, unter denen die Ortsgruppe „Nagoldtal“ an fünfter Stelle steht und dafür mit einem Diplom ausgezeichnet wurde. Karl Adermann-Altensteig war mit nur vier Strafpunkten der beste Fahrer in der Klasse der großen Sechswagen-Motoren. Einzelergebnisse: Benz 4 Strafpunkte (Goldene Medaille); Helber 10 Strafpunkte (Silberne Medaille); Rothwang 9 Strafpunkte (Silberne Medaille); Adermann 4 Strafpunkte (Goldene Medaille).

Wetter für Freitag

Der irische Hochdruckwirbel gewinnt neuerdings wieder etwas an Einfluss. Für Freitag ist deshalb etwas besseres, in der Hauptsache aber trodenes Wetter zu erwarten.

Ämtliche Bekanntmachungen Feiertag der nationalen Arbeit.

Der 1. Mai ist laut Reichsgesetz vom 10. April 1933 der Feiertag der nationalen Arbeit.

Für diesen Tag finden die für den Neujahrstag geltenden reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen Anwendung. Die infolge des Feiertags ausfallende Arbeitszeit wird, soweit Tarifverträge die Bezahlung ausfallender Arbeitszeiten an Wochenfeiertagen vorsehen, nach diesen Bestimmungen bezahlt. Im übrigen ist der regelmäßige Arbeitsdienst für die ausfallende Arbeitszeit zu bezahlen.

Nagold, den 26. April 1933.

Oberamt: Baitinger.

Altensteig-Stadt

Bekanntmachung des Ergebnisses der Neubildung des Gemeinderats.

- Die Zahl der Mitglieder des neu zu bildenden Gemeinderats beträgt: 10.
- Das maßgebende Abstimmungsergebnis in der Stadtgemeinde bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 war folgendes:

Nationalsoz. Deutsche Arbeiterpartei	751 Stimmen
Sozialdemokratische Partei	174 „
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot	135 „
Christlich-Sozialer Volksdienst	121 „
Deutsche Demokratische Partei	25 „
Deutsche Volkspartei	21 „
Zentrumspartei	21 „
Bauern- und Weingärtnerbund	7 „
Deutsche Bauernpartei	1 „

Nicht zu berücksichtigen ist:

- Die Kommunistische Partei mit 174 „

III. Wahlvorschlüge sind eingereicht und zugelassen worden von:

- a) Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei,
- b) Kampffront Schwarz-Weiß-Rot,
- c) Christlicher Volksdienst.

IV. Hiernach waren zuzuteilen der Nationalsoz. Deutschen Arbeiterpartei 8 Sitze (Sitz Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 7, 9, 10),

der Kampffr. Schwarz-Weiß-Rot 1 Sitz (Sitz Nr. 6), dem Christlichen Volksdienst 1 Sitz (Sitz Nr. 8).

V. Gewählt sind in nachstehender Reihenfolge

Sitz	Wahlvorschlüg
1	Christian Kalmbach, Verwaltungs-Aktuar III a
2	Hermann Luz, Gerbermeister III a
3	Otto Risp, Glaser III a
4	Paul Fren, Kupferhammermeister III a
5	Hans Walz, Sparkassen-Direktor III a
6	Karl Silber, Mühlebesitzer III b
7	Friedrich Schabbe, Möbelfabrikant III a
8	Heinrich Müller, jen., Flaschnermeister III c
9	Karl Beutler, Schlosser III a
10	Friedrich Kalmbach, Hauptlehrer III a

Gegen die Feststellung der Neubildung kann binnen 2 Tagen beim Oberamtsvorstand Einspruch erhoben werden. Einspruchsberechtigt ist jeder Gemeindeglieder. Die Entscheidung des Oberamtsvorstands ist endgültig.

Den 27. April 1933.

Bürgermeisteramt:

Zu kommissarischer Vertretung: Walz.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Manndheim, 26. April. (Wehrwirtschaftswoche.) Die Süddeutschen Großmühlen haben infolge der Preissteigerungen für Weizengetreide mit Wirkung vom 26. April ihre Weizenpreise um 0,25 RM. pro Saft erhöht.

Worsheimer Schlachtmärkte vom 26. April. Auftrieb: 3 Ochsen, 7 Kühe, 48 Rinder, 21 Ferkel, 85 Kälber, 2 Schafe, 358 Schweine. Preise: Ochsen 21-29, Ferkel 23-27, Kühe 12-22, Rinder 27-32, Kälber 37-45, Schweine 38-40 RM. Marktverlauf: mäßig belebt.

Freiburger Schlachtmärkte vom 25. April. Zufuhr: 24 Ochsen, 31 Rinder, 11 Ferkel, 21 Kühe, 275 Kälber, 444 Schweine und 16 Schafe. Preise: Ochsen und Rinder 24-31, Ferkel 23 bis 26, Kühe 14-22, Kälber 35-45, Schweine 37-41, Schafe 22-26 RM. Tendenz: Großvieh mittel; Kälber und Schweine langsam, Landschweine 2 Pfennig unter Notis; Ueberstand bei allen Gattungen.

Stuttgart, 26. April. (Wiedermärktebericht.) Der 24. Stuttgarter Viehdmarkt am 24. und 25. April auf dem Cannstatter Wagen waren zusammen etwa 410 Pferde gegen 550 im Vorjahr. Verkauft wurden etwa 80 Pferde. Die Preise bewegten sich im Rahmen von 500 bis 1800 RM. je Pferd. Der Geländebestand der zugeführten Tiere war gut. Der Hundmarkt war mit 140 Hunden aller Rassen belebt. Die Wapen- und Sattlerwarenmesse war mit 50 Wapen aller Art mit Pferdegeschirren und sonstigen Sattlerwaren, sowie mit verschiedenen landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen belebt.

Rechte Nachrichten

Tagung der nationalsozialistischen Führerschaft in Berlin Berlin, 26. April. Wie die Reichspressestelle der NSDAP. mitteilt, fand heute im Reichstagspräsidentenpalais unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Göring eine Zusammenkunft der preußischen Gauleiter der NSDAP., der höheren SA- und SS-Führer mit dem Stabschef Röhm an der Spitze statt, zu der auch Adolf Hitler, Dr. Goebbels und zahlreiche der NSDAP. ange-

hörende Länderminister erschienen waren. Die Tagung, auf der nach zweistündiger Rede des Ministerpräsidenten Göring Adolf Hitler das Wort zu richtunggebenden politischen Ausführungen nahm, trug parteiinternen Charakter.

Die Durchführung des kirchlichen Reformwerkes

Ein Aufruf der Kirchenführer

Berlin, 26. April. Der Präsident des Ev. Kirchenausschusses D. Kapler, der luth. Landesbischof Dr. Marahrens und der reformierte Pastor D. Hesse, wenden sich mit einer Rundgebung an die Öffentlichkeit, in der es heißt: Eine mächtige nationale Bewegung hat unser deutsches Volk ergriffen und emporgehoben. Eine umfassende Neugestaltung des Reiches in der erwachten deutschen Nation schafft sich Raum. In dieser Stunde der Geschichte sprechen wir ein dankbares Ja. In Gottes Wort gebunden erkennen wir in dem großen Geschehen unserer Tage einen neuen Auftrag unseres Herrn an seine Kirche. Es geht um die Verkündigung von dem lebendigen Gott. Es geht um eine gegenwärtig-lebendige Bezeugung der reformatorischen Bekenntnisse. Es geht um die Neuordnung der Kirchen aus den unergänzlichen Kräften dieser auf Gottes Wort gegründeten Bekenntnisse.

Amerika und die Kriegsschuldenfrage

Washington, 26. April. Wie es heißt, erwartet Präsident Roosevelt, daß zu seiner Beratung über das Kriegsschuldenproblem vom Kongreß ein Sonderausschuß ernannt werden wird. Der Präsident beabsichtigt auch, dem Kongreß vorzuschlagen, ihn — Roosevelt — zu ermächtigen, den amerikanischen Zolltarif entsprechend irgendeinem internationalen Abkommen zu revidieren.

Die Bedeutung, Roosevelt gedente, Kongreßmaßnahmen in den Fragen der Kriegsschulden und der Zolltarife zu empfehlen, folgte auf eine Pariser Meldung über eine Erklärung Daladiers, daß Frankreich seine Kriegsschuldenrate vom 15. 12. 1932 zahlen wolle, falls die USA, die am 15. 6. fällige Rate bis nach der Weltwirtschaftskonferenz verschoben.

Gestorben

Neubulach: Friedrich Kentscher, Schuhmacher, 76 J. a.

Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig
Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Paul.



Interessenten für SA-
Karte bitte heute 9.30
im „Grünen Baum“

Altensteig

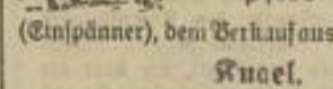
Neue Ägypter
Speise-Zwiebeln

sind eingetroffen bei

Chr. Barghard jr.

Effringen.

Unterzeichnet steht ein mit
edelmäßigem, gutem
Arbeits-
Pferd
(Einspanner), dem Verkauf aus
Kuael.



Woit

hat abzugeben
Friedr. Dießh, Altensteig



Zum Feiertag der nationalen Arbeit
empfehlen wir:

Wachsfackeln
ca. 1 1/2 Stunden brennend

Lampions
mit Hakenkreuz und schwarz-weiß-rot

Fähnchen
aus Papier und Schlinging
mit Hakenkreuz, Schwarz-weiß-rot

Hakenkreuz Plakate

Buchhandlung Kauf
Altensteig und Nagold.

Städtische Sparkasse Altensteig

Gegründet im Dezbr. 1836.

Geschäftskreis:

Annahme von Spareinlagen und Kündigungsgeldern, Giro-, Scheck- und Ueberweisungsverkehr, Gewährung von Darlehen und Krediten, Ankauf guter Warenwechsel, Vermittlung des Verkaufs fremder Geldsorten u. Devisen, Wertpapier An- und Verkauf, sowie -Verwahrung, Fachmännische Beratung in allen Geldangelegenheiten.

Selbständige, unabhängige
Geldausgleichsstelle für Jedermann.

Stadtgemeinde Altensteig

Zur grünen Verschönerung der Häuser
am 8. Feiertag der nationalen Arbeit — 1. Mai
gibt die Stadt

Tannenreis

ab und zwar
am Samstag, den 29. April, vormittags 10—11 Uhr
für die obere Stadt: beim Stadtbrunnen am Rathaus
für die untere Stadt: im hinteren Hof des unteren Schulhauses.
D.n 27. April 1933.

Bürgermeisteramt.

Altensteig-Stadt

Freiwillige Feuerwehr.
Nächsten Sonntag, 30. April 1933 findet die
Frühjahrsmusterung

statt. Verpflichtung der neu eingetretenen Mitglieder und Verteilung der Dienstaltersabzeichen.

Die gesamte Feuerwehr hat hierzu in blanker Ausrüstung auszurücken. Ansetzen präz. 8 1/8 Uhr morg. 8. Kurzzer Alarm erfolgt durch die Feuerstrome.

Altensteig, 27. April 1933.

Das Kommando.

Ein Quantum

Gerüst-Stangen

sacht sofort zu kaufen.

Soel Walz, Altensteig, Telefon S.N. 271.

